



Bundesverband e.V.



Hausärztinnen- und
Hausärzterverband

Gemeinsame Pressemitteilung



Hitzeaktionstag am 05.06.2024

Deutschland hitzeresilient machen – wir übernehmen Verantwortung

Berlin, 04.06.2024 - Unter dem Motto „Deutschland hitzeresilient machen – wir übernehmen Verantwortung“ ruft anlässlich des morgigen Hitzeaktionstags ein breites Bündnis aus Akteuren des Gesundheitswesens und weiterer Organisationen dazu auf, Hitzegefahren noch ernster zu nehmen und den gesundheitsbezogenen Hitzeschutz konsequent umzusetzen. Der gemeinsamen Initiative von Bundesärztekammer, Deutscher Allianz Klimawandel und Gesundheit, AWO Bundesverband, Deutscher Krankenhausgesellschaft, Deutschem Pflegerat, GKV-Spitzenverband und Hausärztinnen- und Hausärzterverband haben sich über 50 Institutionen und Verbände angeschlossen (<https://hitzeaktionstag.de/partner>).

Das Jahr 2023 war das bisher wärmste Jahr in Deutschland und in Europa seit dem Beginn regelmäßiger Messungen. Europa ist der Kontinent, der sich am schnellsten erwärmt. Der Temperaturanstieg beträgt fast das Doppelte des weltweiten Anstiegs. Gleichzeitig gibt es aufgrund der demographischen Entwicklungen deutlich mehr Risikopersonen als auf anderen Kontinenten. Das führt dazu, dass die Gesundheitsgefahren durch Hitze in Deutschland besonders hoch sind. So zeigt eine aktuelle Studie, dass etwa 10 Millionen Beschäftigte während Hitzewellen stark belastet sind. Zudem muss auch Deutschland sich in Zukunft auf deutlich gefährlichere meteorologische Hitzeszenarien einstellen.

In einem gemeinsamen Forderungskatalog sprechen sich die Organisationen dafür aus, einen klaren gesetzlichen Rahmen für gesundheitlichen Hitzeschutz auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu schaffen, in dem Hitzeschutz als Pflichtaufgabe verankert und von Bundes- und Landesebene ausreichend finanziell unterstützt wird. Neben der Verankerung im Gesundheitsrecht ist der Hitzeschutz auch in Gesetzen und Rechtsverordnungen anderer Sektoren zu berücksichtigen, wie etwa dem Bau- oder dem Arbeitsrecht. Darüber hinaus sollte Hitze als zentrale Herausforderung in den Zivil- und Katastrophenschutz integriert werden. Auch aus wirtschaftlicher Perspektive ist die Dringlichkeit sehr hoch, Deutschland hitzeresilient zu machen. Daher fordert das

Hitzeschutz-Bündnis die politischen Entscheidungsträger dazu auf, die dazu nötigen Investitionen unverzüglich in den entsprechenden Haushalten und Budgets einzustellen.

Der Hitzeaktionstag 2024 verdeutlicht aber auch, dass sich viele Akteure bereits aus eigener Initiative auf den Weg gemacht haben, Deutschland hitzeresilienter zu machen. Zu den Best Practice Beispielen, die bei der zentralen Fachveranstaltung des Hitzeaktionstags am BG Klinikum Unfallkrankenhaus Berlin vorgestellt werden, gehören u. a. Projekte aus Bereichen wie der stationären Pflege, Kindertagesstätten oder dem Sport. Darüber hinaus finden im Rahmen des Hitzeaktionstags bundesweit Pressekonferenzen, Symposien und Aktionen statt, die von einer Vielzahl von gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren getragen werden.

Den vollständigen politischen Forderungskatalog zum Hitzeaktionstag 2024 finden Sie [hier](#).

Zum Hitzeaktionstag 2024 erklären

Dr. Klaus Reinhardt, Präsident der Bundesärztekammer:

„Es ist unsere Pflicht als Ärztinnen und Ärzte, die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels darzulegen und Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit nicht nur zu fordern, sondern aktiv zu unterstützen. Mit dem Hitzeaktionstag wollen wir nicht nur auf die hitzebedingten Gesundheitsrisiken aufmerksam machen. Im Fokus steht die Frage, wie gut Deutschland auf die in Zukunft noch längeren und intensiveren Hitzeperioden vorbereitet ist. Ziel muss es sein, hitzebedingte Erkrankungen und Todesfälle zu vermeiden und das Gesundheitssystem vor einer Überlastung zu bewahren.“

Kathrin Sonnenholzner, Vorsitzende des Präsidiums des AWO Bundesverbandes:

„Die AWO setzt sich dafür ein, dass vulnerable und benachteiligte Bevölkerungsgruppen beim Thema Hitzeschutz besonders in den Blick genommen werden. Die Klimakrise ist ungerecht: Diejenigen, die am wenigsten dazu beitragen, leiden schon jetzt am meisten unter ihren Folgen und haben keine kaum Ressourcen, um sich entsprechend anzupassen. Die AWO hat sich deswegen auf den Weg gemacht, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Hierfür brauchen wir aber einen klaren gesetzlichen Rahmen - und kein Hin-und-her zwischen Kostenträgern, Kommunen, Ländern und dem Bund.“

Prof. Dr. Nicola Buhlinger-Göpfarth, Bundesvorsitzende des Hausärztinnen- und Hausärzteverbandes:

„Klimasensible Beratung ist ein wichtiger Teil unserer hausärztlichen Arbeit. In unseren Praxen erreichen wir tagtäglich einen großen Teil der Risikopatientinnen und Risikopatienten und können dabei präventiv, aber auch in der Versorgung von Hitzeerkrankungen viel leisten. Mit dem Klimawandel erlangen diese Aufgaben einen immer wichtigeren Stellenwert, benötigen dabei aber auch mehr und mehr Zeit. Wir können in unseren Praxen viel bewirken, brauchen dafür aber auch die entsprechenden Ressourcen. Daher erwarten wir, dass die Politik Wort hält und die klimasensible Beratung endlich finanziert wird.“

Dr. Doris Pfeiffer, Vorstandsvorsitzende des GKV-Spitzenverbandes:

„Wir als gesetzliche Krankenversicherung übernehmen auch beim Hitzeschutz Verantwortung. Die Krankenkassen können mit ihren Präventionsangeboten Versicherte,

Verantwortliche in Lebenswelten und Betrieben sowie Kommunen beim Hitzeschutz unterstützen. Hitzeschutz vor Ort muss aber auch als kommunale Aufgabe verbindlich gemacht und von Bund und Ländern ausreichend finanziell unterstützt werden. Nur so können Kommunen Hitzeaktionspläne entwickeln und umsetzen, an denen alle relevanten Partner - auch die Krankenkassen - beteiligt sind und die weit über den Hitzeaktionstag hinaus wirken.“

Dr. Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft:

„Wir setzen heute gemeinsam ein starkes Zeichen, denn Hitzeschutz darf keine Frage einer einzelnen Organisation sein, sondern muss flächendeckend im deutschen Gesundheitswesen gedacht und umgesetzt werden. Für die Kliniken sind die immer längeren Hitzeperioden und ihre Folgen schon lange ein Thema. Zugleich sind Klimawandel und -anpassung für die Krankenhäuser eine personelle und finanzielle Herausforderung. Krankenhäuser benötigen ein groß angelegtes Investitionsprogramm, um bei Umbau und Sanierung der oft sehr alten Gebäude Hitzeschutz umsetzen zu können. Nur so können die Kliniken ihren Beitrag leisten und Patientinnen und Patienten sowie Beschäftigte vor den Folgen des fortschreitenden Klimawandels schützen.“

Jana Luntz, Präsidiumsmitglied Deutscher Pflegerat:

„Pflegefachpersonen stehen im kontinuierlichen und engen Kontakt zu Bürgerinnen und Bürger. Das ermöglicht es ihnen, den Hitzeschutz passgenau an gefährdete Betroffene auszurichten. Die Aufgabenverteilung der Gesundheitsfachberufe muss ressourcenschonend und an Krisensituationen, wie extreme Hitzebelastung, angepasst werden. Das bedeutet, dass beruflich Pflegende mehr Mitspracherechte und Handlungsautonomien benötigen. Wir können den Herausforderungen nur gemeinsam begegnen.“

Dr. Martin Herrmann, Vorsitzender KLUG – Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit:

„Der Hitzeaktionstag ist ein Appell an alle, Hitzegefahren ernst zu nehmen und Hitzeschutz konsequent umzusetzen. Wir übernehmen Verantwortung für ein hitzeresilientes Deutschland, und fordern daher von den politischen Entscheidungsträgern Hitzeschutz gesetzlich und in den Haushalten zu verankern. Auch aus wirtschaftlichen Gründen können wir es uns nicht leisten schlecht auf die steigenden Gesundheitsgefahren durch Hitze vorbereitet zu sein.“

Pressekontakte:

Bundesärztekammer
Samir Rabbata, presse@baek.de

Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit
Dr. Friederike von Gierke, presse@klimawandel-gesundheit.de

AWO Bundesverband

Jennifer Rotter, jennifer.rotter@awo.org

Deutsche Krankenhausgesellschaft
Joachim Odenbach, pressestelle@dkgev.de

Deutscher Pflegerat
Michael Schulz, presse@deutscher-pflegerat.de

GKV-Spitzenverband
Florian Lanz, Florian.Lanz@gkv-spitzenverband.de

Hausärztinnen- und Hausärzteverband
Finia Schultz, pressestelle@haev.de